

„Politiker sollten sich nicht als Erfüllungsgehilfen der NGO-Sekten aufführen“

Stand: 17.12.2022 | Lesedauer: 5 Minuten



Von **Jörn Lauterbach**
Redaktionsleiter Hamburg



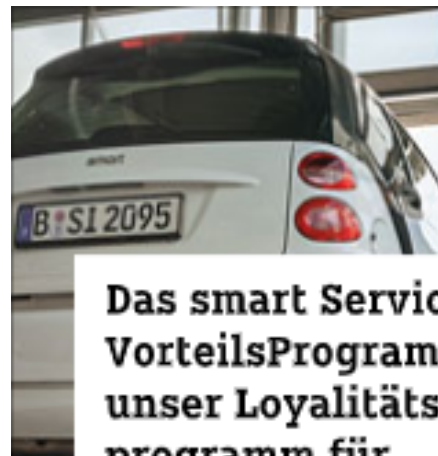
Stefan Aust ist Herausgeber der WELT AM SONNTAG

Quelle: Oliver Schulze/WELT

WELT-Herausgeber Stefan Aust beantwortet Fragen zur aktuellen Lage. Die Themen diesmal: Mischt sich der Staat zu sehr in den Alltag seiner Bürger ein? Und: Welche Gruppen ziehen im Hintergrund an den Fäden der Macht?

WELT AM SONNTAG: Kann es sein, dass die Unzufriedenheit – jetzt auch mit der Ampel – daher rührt, dass deutsche Politik seit Jahren stark darin ist, den Alltag der Menschen genau bestimmen zu wollen, die großen Aufgaben der Politik aber vernachlässigt?

Stefan Aust: Das Problem sehe ich eher darin, dass ein großer Teil der Bevölkerung noch immer mit dem regierenden Dilettanten-Club zufrieden ist. Die lassen sich von den Habecks, Lauterbachs und Co offenbar liebend gern an der Nase herumführen, lassen sich von einer Angst in die nächste jagen und merken nicht, dass in diesem Land längst Sekten, die sich als NGOs tarnen und nur das Beste für alle – vor allem aber für sich selbst – wollen, die Fäden ziehen.



NGO ist ja eine Abkürzung für Nicht-Regierungs-Organisation, doch in Wirklichkeit bekommen sie ihr Geld zum großen Teil von ihren Buddies in den Ministerien und Behörden von Bund und Ländern zugeschanzt. Und die wechseln dann nach der Regierungszeit wieder in die Organisationen zurück, aus denen sie mal gekommen sind. Die Politik – siehe den Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Graichen, der vorher bei dem Grünen „Think Tank“ Agora Energiewende war – ist inzwischen so etwas wie der verlängerte Arm der modernen Lobbyisten-Clubs, die der Bevölkerung ihre Verhaltensrichtlinien aufoktroysieren wollen.

Die unheimliche Macht der Guten schwebt offenbar über den altmodischen Regularien eines demokratischen Rechtsstaates. Da ist die Maskenpflicht im ICE ein schönes Symbol für die Unterwerfung des Einzelnen unter die Aufsicht der Obrigkeit. Und dass ein großer Teil der Bevölkerung das alles so widerspruchslos akzeptiert und manche sich auch noch gern zum Aufsichtspersonal über die Nachbarn in Bus und Bahn aufspielen zeigt, dass es mit der Achtung vor der Selbstbestimmung des Einzelnen nicht weit her ist. Da ist die Ampel selbst ja ein schönes Sinnbild von Befehl und Gehorsam: Rot – Stop! Gelb – Achtung! Grün – los! An jeder Kreuzung im Leben wie im Straßenverkehr hat der Bürger zu gehorchen. Ob das nun gerade Sinn macht oder nicht. Und der Gehorsam der Bürger ist dann manchmal das einzige, was noch funktioniert, wie man bei der Bahn häufig feststellen kann. Und nicht nur bei der Bahn.

WELT AM SONNTAG: Worin würden sie das im Alltag noch konkret festmachen?

AUST: Da gibt es viele Beispiele. Nehmen wir die Sicherheitskontrollen an deutschen Flughäfen. Früher gab es die Türrahmen ähnlichen Schleusen, die anzeigten, wenn der Passagier Metallteile dabei hatte. Es leuchtete oder piepte, wenn er ein Schlüsselbund in der Tasche oder am Gürtel eine Metallschnalle hatte. Dann wurde er aufgefordert, die Taschen zu leeren, die Hose zu öffnen oder seine Schuhe auszuziehen. Wenn man als erfahrener Fluggast Metalle und Gürtel vorher ablegte, konnte man weitergehen ohne abgefummelt zu werden. So funktioniert das übrigens heute noch auf internationalen Flughäfen wie zum Beispiel in Zürich. Da ist man Ruckzuck durch. Diese elektronischen Portale wurde vor einigen Jahren in Deutschland durch Scanner ersetzt. Da steht man dann breitbeinig mit abgespreizten Händen, und hinterher wird praktisch jeder abgefummelt. Da fragt man sich, wozu diese Schleusen überhaupt da sind.

Die Sicherheitskontrollen an Hamburgs Flughafen sind ein perfektes Beispiel. Sorgfältig wird so gut wie jeder Fluggast nach seiner Spreiz-Darstellung abgetastet, wobei die Grenze zur sexuellen Belästigung zuweilen nicht weit entfernt ist. Eine echte Me-Too-Nummer als Sicherheits-Demonstration. Da würde man den Verantwortlichen auf dem – ausgerechnet nach Helmut Schmidt benannten – Flughafen gern einmal, nach sorgfältiger Abtastung durch das eigene Sicherheitspersonal natürlich, einen Flug nach Zürich empfehlen. Dort könnten sie dann nach dem Einchecken einmal am

eigenen Körper erleichtert feststellen, wie eine Sicherheitskontrolle ohne regelmäßige Erniedrigung des Flugpassagiers auch ablaufen kann.

Dass die Würde des Menschen unantastbar ist, steht ja schon im Grundgesetz, das übrigens auch auf dem Flughafen gelten sollte. Auch für das Durchsuchungspersonal dürfte es nicht optimal sein, als handwerklicher Ersatz für eine offenkundig nicht funktionierende Scanner-Anlage zu dienen und ständig bei schlechtgelaunten Passagieren Hand anlegen zu müssen. Und das müssen sie nicht nur einmal ertragen wie der abgefummelte Passagier, sondern dutzende Male während ihrer Tagesschicht. Wenn die Ampel wie geplant durchsetzt, dass der Mensch und die Mensch zukünftig einmal im Jahr entscheiden kann, welchem Geschlecht er, sie oder es angehören, könnte man sich dann vielleicht wenigstens aussuchen, von welchem Angehörigen welchen Geschlechtes man am liebsten abgetastet wird.

WELT AM SONNTAG: Wie kann insgesamt in Deutschland eine Rückbesinnung auf die eigentlichen Aufgaben gelingen? Müssen die Probleme klarer benannt und dann gezielter angegangen werden?

Aust: Die Achtung vor dem Bürger sollte mal wieder aus der verstaubten Asservatenkammer der Politik hervorgeholt und der Drang zur rot-grünen Erziehungsdiktatur etwas abgebremst werden. Politiker könnten sich ja mal wieder auf das Wesentliche konzentrieren, den Staat, seine Behörden am Laufen halten, der Wirtschaft so viel Freiraum geben, dass sie funktionieren kann, sich bei der Energieversorgung an den Realitäten orientieren und sich nicht von den märchenhaften Traumvorstellungen von Kinderbuchautoren in den Blackout lotsen lassen.

Vor allem aber sollten Politiker sich auf ihre eigene Verantwortung besinnen und sich nicht als Erfüllungsgehilfen der NGO-Sekten aufführen. Korruption ist nicht nur als Brüsseler Modell kriminell. Auch das Durchfüttern von Nicht-Regierungs-Organisationen, deren Positionen man in Parlament oder Regierung vertritt, aus denen man stammt oder in die man nach Ende oder Unterbrechung der politischen Laufbahn zurückkehrt, sollte mal auf den Tatbestand der Käuflichkeit untersucht werden. Der Lobbyismus hat viele Facetten, die moderne Variante trägt die Buchstaben NGO.

Stefan Aust ist Herausgeber der WELT AM SONNTAG. Die Fragen stellte Jörn Lauterbach.

